

**Protokoll der 9. Sitzung des Inklusionsrates der Stadt Rinteln am 14.11.2022, 16:00 Uhr,
Sitzungssaal Rathaus Klosterstraße 20, Raum 535**

Anwesend:

Herr Babatz, Herr Krauter, Herr Wünsche, Herr Kretschmann, Frau Steuer (als gewählte Mitglieder des Inklusionsrates)

Herr Werner und Herr Müller-Griepshop fehlen entschuldigt

Frau Diermeier (Stadtverwaltung)

Herr Mense (Seniorenbeirat der Stadt Rinteln)

Bürgermeisterin Frau Lange, Stadtrat Budde, Stadtrat Spohr, Stadtrat Sümenicht

Herr Corcilus (Gast)

TOP 1 – Begrüßung

Herr **Babatz** eröffnet die Sitzung des Inklusionsrates und begrüßt die Teilnehmer.

TOP 2 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr **Babatz** stellt die Beschlussfähigkeit aufgrund der Anzahl der anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder des Inklusionsrates fest.

TOP 3 – Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2022

Herr **Wünsche** weist auf einen Tippfehler im Protokoll unter TOP 6 hin. Dort muss es Inklusionsmaßnahme anstatt Infusionsmaßnahme heißen. Im Übrigen wird die Niederschrift einstimmig genehmigt.

TOP 4 – Gespräch mit der Bürgermeisterin Frau Lange

Frau **Lange** erläutert den Beschluss des Stadtrates vom 13.9.2012. Sie erläutert, dass nur der erste Absatz des beglaubigten Auszugs vom Stadtrat beschlossen wurde. Dieser Beschluss lautet:

Die Stadt Rinteln setzt nach Maßgabe der Sachdarstellung im Zusammenwirken mit dem Behindertenbeirat der Stadt Rinteln und dem Verein Lebenshilfe Rinteln e. V. die UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene um.

Die weiteren sechs Absätze, die sich auf dem beglaubigten Auszug befinden und ebenfalls als Beschlüsse formuliert wurden, wurden hingegen nicht beschlossen.

Die Bürgermeisterin erläutert, welche umfangreichen Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion seit 2013 in der Stadt Rinteln durchgeführt wurden. Hierzu wird auf die bislang durchgeführten Inklusionsmaßnahmen an Grundschulen Bezug genommen (siehe Anlage). Weiterhin geht die Bürgermeisterin auf die UN-Behindertenrechtskonvention ein. Sie hebt hervor, dass nicht in allen Bundesländern Interessenvertretungen für Menschen mit Behinderung auf kommunaler Ebene installiert worden seien. Es sei daher sehr erfreulich, dass die Stadt Rinteln einen Inklusionsrat habe einrichten können. Durch den Inklusionsrat sei die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in all ihren Belangen in der Stadt Rinteln gewährleistet. Die Expertise des Inklusionsrates werde von der Stadtverwaltung gern angenommen. Die Bürgermeisterin regt an, inhaltliche Ziele für einen Jahresplan zu setzen und diese Ziele zu priorisieren. Insgesamt sei der Begriff der Inklusion in der Stadt Rinteln angekommen. Er werde gespiegelt und sei in den städtischen Gremien präsent. Eine Diskussion über das „ob“ sei daher mittlerweile überholt, es gebe nur noch eine Diskussion über das „wie“.

Herr **Wünsche** regt an, im Bereich der Digitalisierung vermehrt Texte in einfacher Sprache oder in digital lesbarer Form bzw. als Audiodateien zu gestalten.

Frau **Steuer** weist darauf hin, dass im Haushalt inklusive Maßnahmen nicht mit anderen Maßnahmen vermischt werden sollten. So findet sich zum Beispiel im Investitionsplan 2023 unter der Maßnahme „Kita allgemein“ der Ansatz *Inklusionsmaßnahmen (Schallschutz, abgehängte Decken, Beleuchtung, Barrierefreiheit etc.)*. Bauliche Inklusionsmaßnahmen seien allerdings ausschließlich diejenigen, die der Herstellung der Barrierefreiheit dienen. Schallschutz, abgehängte Decken und Beleuchtung dienen nicht in erster Linie der Inklusion von Menschen mit Behinderung, sondern diese Maßnahmen seien gesetzlich vorgeschrieben und würden somit keinen besonderen Beitrag zur Inklusion leisten. Es sei erforderlich, dass für inklusive Maßnahmen zur Verfügung stehende Budget sauber zu beziffern. Dies würde auch dem Inklusionsrat die Arbeit erleichtern.

Herr **Krauter** fragt nach, ob die Vorlagen des Inklusionsrates von den Ausschüssen berücksichtigt und Gehör finden würden und ob die Stadtverwaltung dies auf irgendeine Weise sicherstellen könne.

Frau **Lange** erwidert, dass nach alternativen technischen Möglichkeiten gesucht werde, die Stellungnahmen des Inklusionsrates für die Ausschuss- und Ratsmitglieder gut sichtbar im Ratsinfosys zu verorten. Ob jedoch jedes einzelne Ausschussmitglied die Stellungnahmen zur Kenntnis nehme, liege im Verantwortungsbereich jedes einzelnen Ausschussmitglieds.

Herr **Sümenicht** führt aus, dass die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung gut sei. In den Fraktionen würde über die Belange des Inklusionsrates gesprochen. Den Wünschen des Inklusionsrates könne allerdings immer nur im Rahmen der Möglichkeiten nachgekommen werden.

Frau **Steuer** weist darauf hin, dass Inklusion in Deutschland Verfassungsrang habe. Sie gehe daher davon aus, dass im Falle einer Verhinderung der Stadtverwaltung aufgrund Personalmangels auf die Möglichkeit zurückgegriffen werde, für Belange der Menschen mit Behinderungen auch externe Hilfen zu beanspruchen. Dies sei beispielsweise im Falle des Radwegekonzeptes und auch im Falle des Mähkonzeptes so geschehen. Hier habe man externe Gutachten beauftragt.

Frau **Lange** weist auf den internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3.12.2022 hin. Sie regt an, dass der Inklusionsrat an diesem Tag gegebenenfalls eine Veranstaltung durchführen sollte.

Auf Nachfrage von Frau **Steuer** teilt Herr **Babatz** mit, dass der Kreisbehindertenbeirat zu diesem Tag keine eigene Veranstaltung plant.

Herr **Mense** weist auf das Problem des Radverkehrs auf der Weserbrücke hin. Er bittet die Stadtverwaltung darum, hier gegebenenfalls noch einmal die Möglichkeit einer ausdrücklichen Beschilderung zu prüfen. Insbesondere werde die zulässige Fahrtrichtung häufig missachtet.

Herr **Babatz** bedankt sich bei Frau **Lange** für ihren Besuch und ihren ausführlichen Bericht. Frau Lange verabschiedet sich und verlässt sodann die Sitzung.

TOP 5 – Bericht Ausschuss für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung

Frau **Steuer** berichtet aus der Ausschusssitzung vom 02.11.2022. Der im Blumenwall geplante Spielplatz ist offensichtlich nicht in allen Bereichen inklusiv. Es seien zwar inklusive Spielgeräte geplant worden, allerdings soll wohl auch eine Kletterburg errichtet werden, die zur Absturzsicherung mit Rindenmulch unterlegt werden soll. Frau Steuer hat im Bauausschuss darauf hingewiesen, dass dieser Belag mit Rollstuhl oder Rollator nicht befahren werden könne. Dies mache es rollstuhlpflichtigen Eltern unmöglich, ihren Kindern am geplanten Klettergerüst zur Hilfe kommen zu können. Frau Steuer hat im Ausschuss ausdrücklich zu Protokoll gegeben, dass der Spielplatz nicht im vollen Umfang inklusiv gestaltet wird und diesbezüglich keine Zustimmung des Inklusionsrates zur geplanten Spielplatzgestaltung besteht.

Weiter wurden die drei unterschiedlichen Sachanträge des Inklusionsrates (Bestandsaufnahme und Maßnahmenkatalog zur Barrierefreiheit im Stadtgebiet Rinteln, Herstellung der Barrierefreiheit des Mehrgenerationenhauses durch eine Rampe, Vorrichtung zum Laden von Elektrorollstühlen, halb elektrischen Handbikes und E-Mobilen an den geplanten Fahrradgaragen) auf der Tagesordnung des Ausschusses zu einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst. Eine inhaltliche Befassung mit den Themen ist für den nächsten Bauausschuss vorgesehen. Die Beschlussfassung zu diesen zusammengefassten Anträgen lautet: Die Ausführungen in der Sachdarstellung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Frau Steuer hat im Bauausschuss moniert, dass die drei unterschiedlichen Sachanträge zu einem Antrag zusammengefasst wurden. In der Ausschusssitzung wurde durch die Stadtverwaltung mitgeteilt, dies sei dem Umstand geschuldet, dass es in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei, sich inhaltlich mit den Anträgen zu befassen. Das zuständige Bauamt sei unterbesetzt. Derzeit stünden nur zwei Mitarbeiter zur Verfügung, um Anträge zu bearbeiten. Frau Steuer weist darauf hin, dass von ihr im Bauausschuss bereits im Mai erstmals der Wunsch geäußert worden sei, eine Vorrichtung zum Laden von Elektrorollstühlen an den geplanten Fahrradgaragen mit einzuplanen. Bei allem Verständnis für die Personalnot in der Stadtverwaltung sei es schwer nachvollziehbar, dass die Beantwortung einer solchen eher simplen Frage inzwischen mehr als sechs Monate Zeit erfordere. Hier sei in letzter Konsequenz gegebenenfalls auch der Stadtrat gefordert, sich mit der offensichtlich dauerhaften Personalnot der Stadtverwaltung zu befassen und mit der Stadtverwaltung nach praktikablen Lösungen zu suchen, um die Bewältigung der gesetzlichen Aufgaben durch die Stadtverwaltung sicherzustellen.

Herr **Budde** weist dies als Stadtrat ausdrücklich von sich. Er sei nicht für das Personal der Stadt zuständig. Er fühle sich im Inklusionsrat als Prügelknabe behandelt.

Herr **Spohr** weist darauf hin, dass die Stadt seit 1,5 Jahren ohne jeden Erfolg einen Bauingenieur sucht. Inzwischen habe man die Anforderungen schon soweit gesenkt, dass auch die Einstellung eines entsprechend qualifizierten Meisters ausreichen würde.

Herr **Budde** weist darauf hin, dass die Tarife im öffentlichen Dienst zu niedrig bemessen seien, um qualifiziertes Personal anwerben zu können. Zudem bemängelt er, dass Frau Steuer offensichtlich die Sitzung leite, da sie sich selbst das Wort erteile. Zudem verfolge sie wohl keine inklusiven sondern eigene politische Zwecke.

Frau **Steuer** weist diesen Anwurf ausdrücklich von sich und bittet Herrn Budde, seine Ausführungen bezüglich der Verfolgung eigener politischer Zwecke mit belastbaren Beispielen zu unterlegen. Dies geschieht nicht.

Herr **Sümenicht** räumt ein, dass es sich tatsächlich um drei eigene Tagesordnungspunkte gehandelt habe. Diese hätte man grundsätzlich auch als drei eigene Tagesordnungspunkte aufnehmen müssen. Dass dies nicht geschehen sei, sei wohl der Überlastung der Verwaltung geschuldet gewesen.

TOP 6 – Kinderspielplatz Blumenwall

Der Kinderspielplatz im Blumenwall soll mit überwiegend inklusiven Spielgeräten ausgerüstet werden. Ausnahme ist hier die geplante Kletterburg. Herr **Babatz** äußert die Hoffnung, dass hier anstelle von Rindenmulch gegebenenfalls auch Fallschutzmatten ausgelegt werden könnten. Diese

könne man ohne Probleme mit Rollator und Rollstuhl befahren. Weiterhin besteht nach wie vor die Hoffnung, dass eine Präsentation für den Inklusionsrat durch die Planerin, Frau Schauer, erfolgt. Ein Termin ist allerdings noch nicht bekannt.

TOP 7 – Flyer des Inklusionsrates

Herr **Babatz** weist auf den Entwurf des neuen Flyers hin. Dieser wird den Mitgliedern des Inklusionsrates in Kürze zur Verfügung gestellt. Es wird um Rückmeldung gebeten, ob Änderungswünsche bestehen.

TOP 8 – Weihnachtstreffen

Der Inklusionsrat bestimmt mehrheitlich, dass nach der letzten Sitzung in diesem Jahr, am 12.12.2022, ein Weihnachtstreffen stattfinden soll. Dafür bietet sich gilt gegebenenfalls ein Gang über den Weihnachtsmarkt an. Dieser ist allerdings nicht in allen Teilen barrierefrei möglich. Es soll daher noch nach einer Ausweichmöglichkeit gesucht werden. Gegebenenfalls bietet sich das Hotel Stadt Kassel für ein anschließendes geselliges Beisammensein an.

TOP 9 – Planung der Sitzungen im nächsten Jahr

Der Inklusionsrat beschließt mehrheitlich, dass es auch im kommenden Jahr bei dem Montagstermin (zweiter Montag im Monat) für die regelmäßigen Sitzungen des Beirats verbleiben soll. Die Stadt hatte alternativ auch den Dienstag angeboten.

TOP 10 – Verschiedenes

- Herr **Babatz** erinnert an den **Besuch der Werkstatt für behinderte Menschen** der Paritätischen Schaumburg, am 17.11.2022, 14:00 Uhr, Dieselstraße 3 in Rinteln.
- Herr **Babatz** teilt mit, dass der Inklusionsrat nicht verwendete Gelder aus dem Haushaltsjahr 2022 in das Haushaltsjahr 2023 übertragen lassen kann. Frau **Diermeier** bestätigt, dass dies bis zur Höhe von 1.000 € möglich ist.
- Herr **Babatz** berichtet, dass er Kontakt mit dem Inklusionsrat Bad Nenndorf aufgenommen hat. Er hat mit dem ehemaligen Vorsitzenden Herrn Knobloch ein Gespräch zu deren Internetauftritt und der Homepage geführt. Herr Knobloch hat angeboten, gegebenenfalls im Januar oder Februar an einer Sitzung des Inklusionsrates teilzunehmen und von den Erfahrungen bei der kostengünstigen Einrichtung einer Homepage zu berichten. Der Inklusionsrat Bad Nenndorf hat sich inzwischen – wegen Unstimmigkeiten mit dem Stadtrat – aufgelöst.

- Herr **Corcilus** schlägt vor, angesichts des internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3.12.2022 beim Touristikzentrum Weserbergland nachzufragen, ob von dort gegebenenfalls eine **barrierefreie Stadtführung** angeboten werden könnte. Der Vorschlag wird vom Inklusionsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem Ende der Sitzung ist der Termin inzwischen fest vereinbart worden. Es wird eine barrierefreie Stadtführung am Samstag, 3. Dezember 2022, um 10:30 Uhr, in Rintel, Treffpunkt Marktplatz 7, geben. Der Termin wird auch in den örtlichen Medien noch bekannt gegeben werden.
- Herr **Corcilus** berichtet über die Möglichkeit, ein E-Lastenfahrrad auch für Rollstühle zu nutzen. Herr **Babatz** sagt zu, einen Antrag für ein **Rollstuhl-Lastenrad** bei der Stadt zu stellen.
- Herr **Wünsche** berichtet von der Fahrt nach Kendal im September im Rahmen der bestehenden Städtepartnerschaft. Die Lebenshilfe hat mit einer Gruppe an dieser Fahrt teilgenommen. Es war ein gelungenes Erlebnis für alle Beteiligten.
- Herr **Wünsche** berichtet, dass er am 15. Oktober erstmals eine **Führung im Hubschraubermuseum** für Menschen mit allen Arten von Behinderung durchgeführt hat. Die Führung wurde gut angenommen. Zunächst wurde mit den Teilnehmern gemeinsam gegessen. Anschließend folgte die Führung durch das Museum. Aufgrund des Erfolgs sollen weitere Führungen folgen. Die nächste entsprechende Führung ist für den 3.12.2022 geplant.

Herr Babatz bedankt sich bei allen Teilnehmern und schließt die Sitzung um 17:58 Uhr.

gez. Steuer (Schriftführerin)

gez. Babatz (Vorsitzender)

